I 30/2026

Interpellation betreffend «Paket Schweiz-EU» (EU-Unterwerfungsvertrag) und der Notwendigkeit des Ständemehrs.

Peter Aegerter / SVP, Fraktion SVP

Einleitung

Der Schweizerische Städteverband hat sich in seiner Medienmitteilung vom 30. September 2026 klar gegen ein Ständemehr bei den Bilateralen III ausgesprochen. Er argumentiert unter anderem, ein Ständemehr würde das Stimmgewicht der urbanen Bevölkerung «unverhältnismässig schmälern». Gleichzeitig bezeichnet er das Ständemehr als Pfeiler des Föderalismus.
Die Stadt Thun ist Mitglied des Schweizerischen Städteverbandes. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zur Haltung des Gemeinderates sowie dazu, inwieweit solche politischen Stellungnahmen des Verbandes von seinen Mitgliedstädten mitgetragen werden.

Fragen an den Gemeinderat

1. Teilt der Gemeinderat die Forderung des Städteverbandes nach einem Verzicht auf das Ständemehr bei den Bilateralen III?
2. Wurde der Gemeinderat vor der Veröffentlichung dieser Position konsultiert oder darüber informiert?
3. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Städteverband mit dieser Forderung die Interessen der Stadt Thun vertritt?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Aussage, das Ständemehr würde die urbane Bevölkerung «unverhältnismässig» benachteiligen?
5. Erachtet der Gemeinderat solche staatspolitischen Stellungnahmen überhaupt als Aufgabe des Städteverbandes?
6. Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat, wenn der Städteverband politische Positionen vertritt, die von der Stadt Thun weder beschlossen noch ausdrücklich legitimiert wurden?

Thun, 19.11.2026

Dringlichkeit: Nein